

Kommunale Spitzenverbände Baden-Württembergs führen Gespräche mit Europäischem Parlament, EU-Kommission und Ständiger Vertretung in Brüssel

Der 6. Februar 2007 stand für die drei kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs ganz im Zeichen Europas. Im Rahmen eines dicht gedrängten Programms führten die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag zahlreiche Gespräche mit den baden-württembergischen Europaabgeordneten, dem deutschen Botschafter bei der EU sowie dem für das Vergaberecht zuständigen stellvertretenden Generaldirektor bei der Europäischen Kommission.

Intensive Diskussion mit den baden-württembergischen Europaabgeordneten

Traditionell treffen sich die Spitzen der baden-württembergischen Kommunalverbände einmal im Jahr mit den elf Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Baden-Württemberg. Üblicherweise finden diese Gespräche am Straßburger Sitz des EU-Parlaments statt. Vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft trafen die kommunalen Landesverbände jedoch den Entschluss, 2007 ins Zentrum der EU, also nach Brüssel zu reisen.

Die Präsenz der Abgeordneten - nur drei Abgeordnete waren aufgrund anderer Verpflichtungen abwesend - machte die hohe Bedeutung des regelmäßigen Meinungsaustausches aus Sicht der Parlamentarier deutlich. Auf der Tagesordnung stand eine ganze Reihe von Themen, wobei die besondere Aufmerksamkeit einerseits der weiteren Entwicklung des EU-Verfassungsvertrags und andererseits den europarechtlichen Rahmenbedingungen für die interkommunale Zusammenarbeit galt.

Gemeindetagspräsident Roger Kehle (Wernau am Neckar) stellte klar, dass Städte und Gemeinden ein großes Interesse daran hätten, gemeinsam mit den EU-Abgeordneten und den Europäischen Institutionen die Dinge in Europa voranzubringen. Dazu zähle auch, dass man die vielen Städtepartnerschaften weiterentwickeln und den aktuellen Themen und Herausforderungen anpassen wolle. Allerdings sei es für die Fortentwicklung der europäischen Idee mehr als kontraproduktiv, wenn vonseiten der EU bewährte kommunale Praktiken wie die interkommunale Zusammenarbeit immer weiter eingeschränkt würden. Man stünde dem Wettbewerb sehr aufgeschlossen gegenüber, jedoch, so Kehle weiter, wehre man sich gegen die generelle Aussage, dass Privatisierungen der öffentlichen Aufgabenerbringung immer überlegen seien. Die Praxis bewiese das Gegenteil.

Heide Rühle, aus der Region Stuttgart stammende Abgeordnete der Grünen, griff den Punkt interkommunale Zusammenarbeit auf und sprach zwei Empfehlungen aus: Zum einen sollte die Diskussion „entideologisiert“ werden und zum anderen müsse in Brüssel vermittelt werden, dass es sich hier nicht um ein rein deutsches Thema handle. Nur so könnten auch bei anderen Nationalitäten Verbündete gewonnen werden. Mit Blick auf die umstrittenen europäischen Regeln zur ausschreibungsfreien In-House-Vergabe, die unter bestimmten Voraussetzungen auch für die interkommunale Zusammenarbeit Bedeutung erlangen können, führte der Europaparlamentarier Dr. Andreas Schwab (EVP, Südbaden) aus, dass die Abgeordneten derzeit zusammen mit Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund versuchen würden, Lösungen für die Beauftragung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu finden.

Vor dem Hintergrund des Richtlinienvorschlags zu Dienstleistungskonzessionen, den die EU-Kommission voraussichtlich noch in diesem Jahr vorlegen wird, mahnte die Abgeordnete Rühle an, dass man spätestens bis Herbst 2007 einen Lösungsvorschlag für die interkommunale Zusammenarbeit brauche. Es läge nun an den Kommunen einen richtlinien-tauglichen Vorschlag zu machen, den man in das Gesetzgebungsverfahren einbringen könne. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, Stefan Gläser, wies vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Bericht des Europäischen Parlaments zu den öffentlich-privaten Partnerschaften jedoch darauf hin, dass man vor allem auch die Abgeordnete Barbara Weiler (SPE) überzeugen müsse (vgl. *Brüssel Aktuell* 27/2006). Diese hatte sich seinerzeit nicht für eine eindeutige Freistellung der interkommunalen Zusammenarbeit vom Vergaberecht ausgesprochen.

Deutscher Botschafter sucht den Dialog mit Städten, Gemeinden und Landkreisen

Im Anschluss an das Gespräch mit den Europaabgeordneten wurden die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der baden-württembergischen Kommunalverbände - begleitet von Vertretern der kommunalen Bundesverbände - vom deutschen Botschafter bei der Europäischen Union, Dr. Wilhelm Schönfelder, empfangen.

Sehr zur Freude der anwesenden Kommunalvertreter betonte der deutsche Botschafter seine Dialogbereitschaft mit den Kommunalverbänden. Er sähe es auch gerne, wenn diese an den „Debriefings“ teilnehmen würden, also den regelmäßigen Nachbesprechungen, die von der Ständigen Vertretung in Brüssel durchgeführt werden. Bisher, so Dr. Schönfelder, sei es allerdings von einigen deutschen Bundesländern nicht erwünscht gewesen, dass die Kommunen an diesem wichtigen Informationsfluss beteiligt würden. Insofern hatte das Gespräch mit dem deutschen Botschafter nicht nur politische, sondern auch ganz praktische Bedeutung für die weitere Europaarbeit der Kommunalverbände. Die kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs werden nun in einem Schreiben an Ministerpräsident Oettinger darum bitten, künftig zu diesen wichtigen Lagebesprechungen eingeladen zu werden.

Europäische Kommission will ihre Kommunikation mit den Kommunen intensivieren

Da die Auswüchse des europäischen Vergaberechts eines der beherrschenden EU-Themen auf kommunaler Ebene sind, war es nur folgerichtig, den für das Vergaberecht in der Europäischen Kommission zuständigen stellvertretenden Generaldirektor Thierry Stoll ebenfalls zu einem Gespräch einzuladen. Dieser wies darauf hin, dass die Europäische Kommission derzeit noch zu wenig mit Städten, Gemeinden und Landkreisen spreche. Auch müsse die kommunale Selbstverwaltung stärker in die Überlegungen der Kommission einbezogen werden. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass mittlerweile kein Vorschlag mehr von der Kommission vorgelegt würde, der nicht zuvor im Rahmen einer Konsultation der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Städtetagsgeschäftsführer Gläser stellte in diesem Zusammenhang klar, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, man werde von der Kommission nur vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Beteiligung der kommunalen Ebene müsse stattdessen in einem frühen Stadium erfolgen, in dem auch noch eine echte Einflussnahme möglich sei.

Beherrschendes Thema der Unterredung war die Schaffung von Rechtssicherheit im Bereich des Vergaberechts. Stoll musste selbst einräumen, dass die Materie - vor allem in Bezug auf die interkommunale Zusammenarbeit - äußerst komplex und von einer Vielzahl an Einzelfallentscheidungen geprägt sei. Der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, OB Ivo Gönner (Ulm), pflichtete dem mit Verweis auf die zahlreichen strittigen Vergaben, die vor den Vergabekammern verhandelt würden, bei. Stoll sicherte vor diesem Hintergrund zu, dass die Kommission künftig stärker den Dialog mit den Kommunen suchen werde. Dies gelte insbesondere für die Mitteilung zur interkommunalen Zusammenarbeit, die voraussichtlich noch in diesem Jahr von der EU-Kommission vorgelegt werden wird.

Wie zu erwarten war, kam das Gespräch auch auf die Vergabe unterhalb der Schwellenwerte zu sprechen, da Deutschland derzeit gegen eine kürzlich von der Kommission vorgelegte Mitteilung klagt (vgl. *Brüssel Aktuell* 31/2006). Stoll gab zu bedenken, dass es die Mitgliedstaaten selbst waren, die die Kommission zur Vorlage einer entsprechenden Mitteilung aufgefordert hätten. Insofern habe er für das Vorgehen von Deutschland kein Verständnis, wobei er jedoch einräumen müsse, dass sich der Kommissionstext durchaus den Vorwurf der Unanwendbarkeit gefallen lassen müsse. Vonseiten der kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die implizite Befürchtung der Kommission, bei der kommunalen Auftragsvergabe komme es regelmäßig zur Bevorzugung örtlicher Bieter, nicht richtig sei.

Der Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Gerhard Stahl, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm, forderte die Kommunen auf, stärker für ihr Modell der kommunalen Selbstverwaltung zu werben und darzulegen, wieso es das überlegene System sei. Dem widersprach Präsident Gönner jedoch zum Teil: Die Beweislast dürfe nicht umgekehrt werden. Vielmehr müsse die EU-Kommission beweisen, dass Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufgaben schlechter bzw. weniger effizient erfüllen, als andere Dienstleister. Die Kommunen stellten sich nicht gegen den Wettbewerb, so Gönner abschließend, vielmehr forderten sie von der Europäischen Union Respekt vor gewachsenen und erfolgreichen Strukturen. Eine ausführliche Dokumentation findet sich im Internet: <http://www.europabuero-bw.de/aktuelles.htm>

(Li)